

Reform und Öffnung Osteuropas

Inhalt

1. Die Hypothek der Vergangenheit: Ausgangslage in Ost und West.....	1
1.1. Historische Einmaligkeit, institutionelles Erbe und Systemwandel.....	1
1.2. Interdependenz der Ordnungen.....	2
1.3. Absenz sachlich ausgewogener Comparative Economics.....	3
2. Der Systemumbruch - eine planvolle, zweckmäßige Reform?	7
2.1. Machtvakuum und Marktmacht.....	7
2.2. Marktmodell, Deregulierung und Orientierungslosigkeit.....	7
2.3. Politikberatung und ihre Fundamente.....	17
2.4. Fazit: Institutionen zur Unterstützung eines sanfteren Systemübergangs.....	20
3. Ostöffnung und Ostintegration	21
3.1. Österreichischer Osthandel.....	21
3.2. Befürchtungen, Hoffnungen und regionale Entwicklungen.....	22
3.3. Die konkurrierenden Positionen der Theorie.....	25
3.4. Effekte der europäischen Integration.....	29
3.5. Spezielle Aspekte der Osterweiterung der EU	30
3.5. Fazit.....	34
Literatur	35
Abbildungen	37

1. Die Hypothek der Vergangenheit: Ausgangslage in Ost und West

1.1. Historische Einmaligkeit, institutionelles Erbe und Systemwandel

Zeitlosigkeit im Sinn von Geschichtslosigkeit gibt es besonders in der Gruppe der relativ stark abstrahierenden, primär deduktiven Modelle, wie sie von den gegenwärtigen Mainstream Economics, also von der Neoklassik und Neuen Klassischen Makroökonomik verwendet werden. Doch in der Realität entwickelt sich (fast) jedes System aus seiner Vergangenheit heraus und wird in der Zukunft - zumindest in der näheren Zukunft - auch noch von ihr mitbestimmt. Menschen agieren selbst in für sie sensiblen Bereichen wie der Wirtschaft, wo es um Einkommenserzielung und Nutzenbefriedigung geht, in den Bahnen von Normen und Gebräuchen, Institutionen und Konventionen, die die Komplexität und Unsicherheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität reduzieren sollen. Die Geschichte wiederholt sich zwar in grundsätzlich ähnlicher, aber nie in derselben Form, weil zu einem späteren Zeitpunkt der historischen Evolution eben eine andere Vorgeschichte gegeben ist und nachwirkt als zuvor.¹ Diese historische Einmaligkeit einer situativen Gegebenheit und Entscheidungssituation erzeugt jene Komplexität und Unsicherheit, die für entwickelte Wirtschaften längst charakteristisch und entscheidend geworden sind und für jene institutionelle Zähigkeit, den Beharrungscharakter des Status quo, mit verantwortlich sind, der wiederum jene Anpassungsflexibilität verunmöglicht, die von der ökonomischen Modellanalyse von Erstbest-Lösungen so gern zur Bedingung gemacht wird. Dies führt zu dem Zugeständnis der idealistischen Theorie an die kaum zu idealisierende Realität, sich von der Verfolgung ahistorisch-zeitlosen Erstbest-Lösungen zu verabschieden und sich in den Niederungen der Empirie den Mühen der historisch-institutionellen Detailanalysen zu unterziehen. Deshalb erscheint es auch notwendig, das System im Osten vor der Wende und seit der Wende zu untersuchen, selbst wenn es um Fragen der künftigen Wirtschafts Anpassung und -entwicklung in einem immer stärker integrierten geographischen Europa geht.

Angesichts der Breite des gegenständlichen Themas soll hier allerdings nicht ins historisch-institutionelle Detail gegangen werden. Zweck dieser Abhandlung ist es vielmehr, eben diese Diskrepanz zwischen theoretischer Analyse und der praktischen Anwendung ihrer Ergebnisse aufzuzeigen. In diesem Licht dürfte die bisheri-

¹ „The main characteristic of any event is that it has not been foreseen. We don't know the future but everyone acts into the future. Nobody knows what he is doing because the future is being done. ... What actually happens is entirely contingent, and contingency is indeed one of the biggest factors in all history. ... The notion that there is one unilinear history is of course false. ... This is the real problem of any philosophy of history: how is it possible that in retrospect it always looks as though it couldn't have happened otherwise“ (Arendt 1974, zitiert nach Rousseas 1989, p. 392).

ge Geschichte der mittel- und osteuropäischen Transition und der gesamteuropäischen Integration besser verstanden werden können.

1.2. Interdependenz der Ordnungen

Die gesellschaftlichen Umschwünge in den vormals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas 200 Jahre nach der Französischen und 72 Jahre nach der Russischen Revolution veränderten nicht nur das politische System, sondern als Folge davon auch das Wirtschaftssystem. Man bezeichnet diese Volkswirtschaften als Reform- oder Übergangswirtschaften (Transitionsökonomien), weil sich die Systeme von der ehemals zentral-planwirtschaftlichen Wirtschaftsweise - wirtschaftspolitisch mehr oder weniger beschleunigt - in dezentral-marktwirtschaftlich organisierte Systeme umwandeln und umgewandelt werden.

Das war auch zu erwarten. Schon die Ordoliberalen sprachen vor mehr als 50 Jahren von einer Interdependenz der Ordnungen. Ein politisch illiberales System kann seinen Untergebenen nicht die Freiheiten eines liberalen Wirtschaftssystems mit seinem relativ freien Wirtschaftstreiben zugestehen, ohne daß die dadurch geschaffenen Freiräume nicht von einer Mehrheit geschätzt und auf die gesellschaftliche und politische Ebene auszuweiten versucht würde.

Andererseits standen die - in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht - zentralen Planer vor der besonderen Herausforderung, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu betreiben: Denn eine auf den Prinzipien Kollektiveigentum an Produktionsmitteln, Kommandos und Gleichverteilung und auf beruhende Wirtschaft verfügte eben nicht über die materiellen Anreize für das Individuum, sich ökonomisch effizient zu verhalten. Die damit verbundene Schwäche des quantitativen Wachstums (Versorgungsmängel), vor allem aber des qualitativen Wachstums (geringe Produktvielfalt und -qualität, nahezu absenter Umweltschutz) wurde auch durch Export- und daher auch Importschwierigkeiten verstärkt und führte zu einer wirtschaftlichen, in weiterer Folge aber auch politischen Unzufriedenheit.

So mußten die Wirtschaftspolitiker die Gratwanderung unternehmen, hinter der ideologischen Fassade marktwirtschaftliche Elemente, wie inoffizielles Privatunternehmertum (Schwarzmarkt), offizielles Privatunternehmertum im Kleinstformat oder Gewinnerorientierung in kontrolliertem Ausmaß, zuzulassen. Einerseits waren diese marktwirtschaftlichen Elemente wie Schmieröl für das starr verkrustete Planwirt-

schaftssystem, andererseits waren diese Elemente systemwidrig und gefährdeten das Kommando-Prinzip in Wirtschaft und Politik.

1.3. Absenz sachlich ausgewogener Comparative Economics

Die Wissenschaft und Politik des Westens sah diese Umstände - mit Ausnahme des Sputnik-Schocks und der anfänglich relativ hohen quantitativen Wachstumsraten der industriellen Sachgüterproduktion des Ostens - mit viel politischer Schadenfreude und wissenschaftlicher wie wirtschaftlicher Überheblichkeit und übersah dabei Wesentliches. Die Comparative Economics (die Disziplin der Wirtschaftssystemvergleiche) waren nämlich in Ost und West sehr stark einseitig verzerrt, eben durch die politisch-ideologische Prämisse auf der östlichen Seite und die wirtschaftlich-ideologische Überheblichkeit auf der westlichen Seite. Beide erfüllten sie primär eine Rechtfertigungsfunktion für das jeweilige Gesellschaftssystem: einerseits Kollektivismus und andererseits Liberalismus. Was dabei natürlich übersehen wurde oder übersehen werden mußte, sind die Schattenseiten des eigenen und die Sonnenseiten des fremden Systems. Ein ausgewogener Systemvergleich ist jedoch für das Verständnis des Systemübergangs und die Beratung dabei von entscheidender Bedeutung.

1.3.1. Go West!

Im Westen glaubte man, sich angesichts - auch heute noch - sehr beeindruckender Ergebnisse auf Ost-West-Vergleiche der realen Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung beschränken zu können (Abb. 1). Unbedingte Nachahmung der westlichen Errungenschaften wurden von der Wirtschaft und Politik des Westens empfohlen, die heile Welt der sozialen Marktwirtschaft verheißen.

Dabei wurde der psychische Druck der Leistungsgesellschaft ebenso übersehen wie die hohe Arbeitslosigkeit mit ihren psychosomatischen und psychosozialen Folgen², die Inflation mit ihren polarisierenden Effekten auf Realeinkommen und Realvermögen, die gesellschaftliche Segregation zwischen Chancenreichen und Chancenlo-

² "... with every 1 percent increase in the U.S. unemployment rate, 920 more people commit suicide, 650 commit homicide, 500 die from heart and kidney disease and cirrhosis of the liver, 4000 are admitted to state mental hospitals, and 3300 are sent to state prisons. In total, a 1 percent increase in unemployment is associated statistically with 37,000 more deaths, including 20,000 heart attacks. Unemployed workers are also more likely to experience dizziness, rapid heart beat, troubled sleep, back and neck pain, and high blood pressure" (Barry Bluestone, Bennett Harrison (1982), *The Deindustrialization of America*, zitiert nach Gordon (1993), S. 333.

sen, zwischen Erfolgreichen und Erfolglosen sowie letztlich die sozialen Spannungen und Radikalität in einer Gesellschaft, deren Fortschritt zwar allgemeines Wachstum ist, aber deren Wachstum zumindest relative, wenn nicht sogar absolute Polarisierung bedeutet und das Gefühl relativer Deprivation aufkommen läßt. Zum Beispiel: je nach Definition und Erhebung leben heute neun bis 19 Prozent der Österreicher leben an oder unter der Armutsgrenze - in einem Land, welches als das elftreichste der Welt gilt.

1.3.2. Reformbedarf im Osten

Im Osten war man klaren Restriktionen seitens des (wirtschafts-)politischen Systems unterworfen (Bartel 1994):

- (1) Dominanz des Staats- oder Kollektiveigentums,
- (2) Zentralisierung der Allokationsentscheidungen (top-down-/bottom-up/top-down-Planung),
- (3) quantitative Ausrichtung der Wirtschaftsideologie („Tonnenideologie“) und
- (4) mangelnde materielle Individualanreize. Insgesamt bewirkten diese Faktoren eine sehr geringe Produktivität und daher - bei gegebenen Ressourcen - ein relativ geringes und auch geringwertiges Güterangebot.

Der entscheidende Faktor dürfte dabei die Anreizproblematik gewesen sein, die sich nicht nur durch die leistungsunabhängigen Entlohnung begründet, sondern auch durch das weitestgehende Fehlen privaten Unternehmertums und die staatlich dekretierte Erhaltung von Arbeitsplätzen und ganzen Betrieben sowie durch die offizielle Ächtung von Gewinnen und Einkommensunterschieden. Strategisches Verhalten der Manager und Mitarbeiter bewirkte, daß Leistungsprämien letztlich inputorientiert vergeben wurden und somit ökonomisch ineffizientes Verhalten förderte. Somit müssen der Inflation des Westens als Pendant im Osten die politisch-administrativ niedrig gehaltenen Preise und die dadurch zurückgestaute Inflation in Form des Gütermangels und der aufzuschiebenden Konsumwünsche gegenübergestellt werden.

1.3.3. Wider die Schwarz-weiß-Malerei: Wohlstand und Wohlfahrt in Ost und West

Trotz der Rückständigkeit der Wohlstandsentwicklung im Vergleich zu westlichen Industriestaaten muß darauf hingewiesen werden, daß - trotz der Privilegien der Nomenklatura - die Wohlstandsunterschiede nicht annähernd so groß waren wie im Westen und daß das gesellschaftliche Stigma und die individuellen Kosten der Ar-

beitslosen kaum existierte, weil die Arbeitslosigkeit in Form von „unemployment on the job“ versteckt war. Die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit in Form von fehlender Gütererzeugung waren also insofern in Ost und West vergleichbar, bloß waren sie im Westen durch Arbeitslosigkeit und im Osten durch Produktivitätsschwäche bedingt. Allerdings waren die gesellschaftlichen Kosten in Form von submaximaler Produktion (Output- und Wachstumslücke) im marktwirtschaftlichen System stärker konzentriert - nämlich auf die Arbeitslosen und Verarmten - als im planwirtschaftlichen, wo der Mangel relativ gleichmäßig verwaltet wurde. Da die gesellschaftliche Wohlfahrt die - allerdings kaum einigermaßen zutreffend zu messenden - Summe der individuellen Nutzen und der Gemeinschaftsnutzen (wie z.B. die allgemeinen Vorteile von sozialer Ausgewogenheit, Geborgenheit und Sicherheit) ist, müssen die Wohlfahrtsunterschiede zwischen Ost und West nicht so groß gewesen sein, wie es das quantitativ meßbaren Wohlstandsgefälle nahelegt.

1.3.4. Überraschender Umschwung und Beratungsdefizit

Die Machthaber im Osten ließen Experimente mit marktwirtschaftlichen Elementen nur so weit zu, daß die Reversibilität der Systemänderung gegeben war und der Charakter der politisch beherrschten Planung und Steuerung der Wirtschaft bewahrt werden konnte. Kein Sozialwissenschaftler konnte daher den Zeitpunkt der Irreversibilität grundlegenden der politischen und damit auch wirtschaftlichen Systemänderung in wissenschaftlich seriöser Weise auch nur annähernd genau vorhersagen.

Zwar gibt es die Chaostheorie, gemäß der winzigste Anstöße zur Veränderung über nicht-lineare, hoch dynamische Entwicklungen kaum vorstellbaren Ausmaßes entscheiden können. Doch selbst wenn soziale Prozesse einem chaostheoretisch erklärbaren Prinzip folgen, können gesellschaftliche Modelle nicht hinreichend spezifiziert werden, um grundlegende soziale Umwälzungen kardinal zu prognostizieren. Ökonomische und politische Prozesse sind einfach zu komplex und in ihren strukturellen Zusammenhängen zu sehr einem - wenn auch schleichenden, so doch stetigen - Wandel unterworfen, um sie für historische Prognosen in hinreichendem Maß spezifizieren und determinieren zu können. Analog gilt dies im allgemeinen selbst für vergleichsweise so perfekte und durch Rationalkalküle bestimmte Märkte wie die Finanzmärkte und im besonderen für die Entwicklung der Finanzmärkte in Asien und Südamerika sowie für ihre Auswirkungen auf die Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommenentwicklung.

Die Comparative Economics verloren in den 70er Jahren rasch an Bedeutung, nicht nur weil man der Überzeugung war, daß das marktwirtschaftliche System in jeder Hinsicht dem planwirtschaftlichen überlegen war (diese Erkenntnis war ja nicht neu) und weil der Zusammenbruch der Planwirtschaft für irgendwann zu einem nicht zu spezifizierenden Zeitpunkt in der entfernteren Zukunft erwartet wurde, sondern vor allem weil die Marktwirtschaften selbst mit großen Problemen und Problemlösungserfordernissen konfrontiert wurde: partielle Sättigungserscheinungen auf den Gütermärkten, Zusammenbruch des relativ stabilen internationalen Wechselkursregimes von Bretton Woods, merklich vermehrtes Auftreten von Schwellenländern als niedrigpreisige Konkurrenten auf dem Weltmarkt für standardisierte Industriegüter, die Ölpreisschocks und die damit verbundenen Produktivitäts-, Wachstums- und Beschäftigungsprobleme, die sich in Europa bis heute fortsetzen sollten.

Die Problematik der hartnäckigen Massenarbeitslosigkeit und der regional sehr unterschiedlichen sozialen Verhältnisse in EU-Europa sind es auch, die einer nennenswerten finanziellen Hilfestellung des Westens für den sozial sehr kostspieligen Transformationsprozeß immer noch und bis auf Weiteres im Weg stehen. Doch wie sieht es mit der Hilfestellung durch Know-how-Transfer aus?

Auf Grund des überraschend beginnenden Systemumschwungs im Herbst 1989 standen die westlichen Ökonomen ohne eine spezielle Konzeption für den Systemübergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vor ihrer wirtschaftspolitischen Beratungsaufgabe im Interesse eines wirtschaftlich schmerzlosen Systemübergangs. Östliche Ökonomen hatten sich natürlich damit nicht auseinander zu setzen gedurft. Und die westlichen Ökonomen hatten ihre Erfahrungen - wenn überhaupt - lediglich mit dem Aufbau in der Nachkriegszeit und dem Nachholprozeß der Entwicklungsländern gemacht. Doch die strukturelle Vergleichbarkeit war zwischen diesen Systemübergängen nicht gegeben. Im Vergleich zu den Entwicklungsländern handelte es bei den Reformstaaten nicht nur um hoch industrialisierte, sondern sogar um überindustrialisierte Wirtschaften, weil Karl Marx die Dienstleistungsproduktion als unproduktiv angesehen hatte und die Planwirtschaften daher dem System der Materialproduktrechnung folgten, wo Dienstleistungen nicht adäquat erfaßt und daher vernachlässigt wurden, weil sie rechnerisch nicht zum quantitativen Wachstum beitragen und nicht in die Tonnenideologie paßten.

Infolge dessen war für den Prozeß des Systemwandels, der sich in der Folge als unerwartet problematisch herausstellte, keine wissenschaftlich einigermaßen gesicherte wirtschaftspolitische Konzeption für eine volkswirtschaftlich effiziente Problemlösung zur Hand.

2. Der Systemumbruch - eine planvolle, zweckmäßige Reform?

Der Systemumbruch erfolgte in den verschiedenen Reformstaaten in recht unterschiedlicher Form, so daß hier nicht auf einzelne Charakteristika eingegangen werden kann. Vielmehr sollen an dieser Stelle nur die problematischen Faktoren angezogen werden, die in den Reformländern in verschiedentlicher Intensität aufgetreten sind und den Übergangsprozeß problematisch und schmerzhaft machen (können). Die im folgenden nolens volens generalisierten Aussagen können daher nicht unreflektiert allgemein angewandt werden.

2.1. Machtvakuum und Marktmacht

Der politische Umschwung führte zu einem allseits unterschätzten Machtvakuum, das auf Grund der zu erwartenden Kinderkrankheiten der jungen Kandidaten für westliche Demokratie und Marktwirtschaft gefüllt wurde durch die spontane „Ordnung“ krimineller Organisationen sowie durch die Markt- und Machtposition ausländischer Direktinvestoren, welche in ihrer Schlüsselposition für den Systemwandel - als erste Überbringer der neuen Wirtschaftsweise und Bringer moderner Betriebe und Anlagen, sicherer Arbeitsplätze und neuer Produkte - große Verhandlungs- und Marktmacht besitzen. Ein Argument für die Osterweiterung der EU zum Vorteil der Reformstaaten ist angesichts dessen die Einführung des Wettbewerbsrechts der Union im Gemeinsamen Markt (Stankovsky 1996).

2.2. Marktmodell, Deregulierung und Orientierungslosigkeit

2.2.1. Das universell anwendbare Marktmodell

Die ökonomische Wissenschaft arbeitet ausschließlich mit dem Modellbild des Homo oeconomicus, der - je nach Informationslage - vollkommen oder begrenzt rational entscheidet und dadurch stets aus individueller Sicht ökonomisch effizient im marktwirtschaftlichen Sinne handelt. Dieses Menschenbild liegt dem Angebot- und Nachfrageschema des Marktmodells zugrunde.

Als die Ökonomen unmittelbar nach der Wende für wirtschaftspolitische Beratung engagiert wurden, befanden sie sich in veritabler Unkenntnis der detaillierten Funktionsweisen der zu reformierenden Wirtschaften, die immer noch Planwirtschaften - allerdings in einem politischen Machtvakuum und ökonomischen Kommandovakuum

- waren. Die Ökonomen waren verständlicherweise - zumindest kurzfristig - in einer rasch zu überspielenden völligen Rat- und Konzeptlosigkeit, was eine initiative, konkrete und konstruktive Gestaltung eines sanften Systemübergangs betrifft. In dieser Verlegenheit besannen sich die vor allem die Makroökonomien jener Analysemethodik, die die ökonomische Wissenschaft so erfolgreich gemacht hat - auch in Nachbardisziplinen wie der Politologie und selbst in fachlich weit entfernten Disziplinen wie der Biologie: Das war die primär deduktive und daher stark von institutionellen und historischen Details abstrahierende Analyse von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage auf jedem Markt.³ Insofern sind alle Marktwirtschaften gleich, funktionieren sie doch nach demselben, dem ökonomischen Prinzip, das der Nutzen- und Gewinnmaximierung des Homo oeconomicus zu Grunde liegt, und die individuelle Optimierung ist wiederum die Basis für das Marktmodell, mit dem alles und jedes erklärt werden können muß - vor allem wenn man die Details nicht kennt.

2.2.2. Deregulierung als einfachste Sofortmaßnahme

Das Marktmodell der Mainstream Economics ist ein Idealbild des vollkommenen Wettbewerbs. Selbst wenn die Funktionsvoraussetzungen für den vollkommenen Wettbewerb nicht erfüllt sind und realistischerweise wohl nicht so bald erfüllt werden können, so ist eben zu empfehlen, die Prämissen für den vollkommenen Wettbewerb zumindest so weit wie möglich und in der Folge immer besser zu erfüllen, damit auch der Wettbewerb immer perfekter und zumindest einmal funktionsfähig wird. Am nächsten liegt daher, jene Funktionsvoraussetzung herzustellen, die am einfachsten und raschesten zu realisieren ist: Interventionen des Staates in den Wirtschaftsablauf, die zu allokativen Verzerrungen und somit zu Wohlfahrtsverlusten führen, sind zu unterbinden. Der Marktmechanismus kann doch nur dann funktionieren und die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen, wenn man ihm auch ermöglicht, ungehindert zu arbeiten. Dagegen ist jedoch etwas Grundsätzliches einzuwenden.

³ "The discipline of economics has so far successfully resisted all efforts to alter its character as an exercise in how to reason deductively from axiomatic principles. That is, it has insisted on remaining the Euclidian geometry of the social sciences. This Cartesian approach has not been without its advantage to economists themselves. They have been known to remark, 'We travel with a light toolkit.' By this, they mean that economic theorists have not had to burden themselves much with factual detail. They have been content to reason *a priori* - and hence their preference of elegance over relevance. But for economics as a discipline, this has meant falling short of being a modern science. What is missing is the same standard for judging the validity of a theory which prevails among natural scientists. This is that a theory must not just avoid logical error but that it also must account for the full range of empirically observable phenomena - which, in the social context, consist of the real world's historical events" (Eichner 1979, pp. 172f.).

Diese (allerdings sehr übliche) Strategie der wirtschaftspolitischen Beratung negiert die Erkenntnis der altbekannten Theorie des Zweitbesten von Lipsey und Lancaster (1956/57). Sie besagt, daß bei Verfehlen mehrerer Funktionsvoraussetzungen für ein Marktsystem die Verwirklichung einer weiteren, aber nicht aller Bedingungen das System dem sozialen Wohlfahrtsoptimum, wie es am vollkommenen Markt außerhalb der Marktversagensbereiche realisiert werden kann, nicht notwendigerweise näherbringt.

Wie sah es nun mit den Funktionsbedingungen des Marktsystems nach der politischen Wende aus? Wirtschaftspolitische Berater neoliberaler Orientierung, wie Jeffrey Sachs von der Harvard University, bewegten die Regierung so manches noch von der Planwirtschaft sowjetischen Typs geprägten Reformlands dazu, sämtliche Subventionen zu streichen, sämtliche interventionistischen Marktregulierungen aufzuheben und somit Mengen und Preise freizugeben, Staatsbetriebe so rasch wie möglich zu privatisieren oder zu schließen, die Wechselkursbildung zu liberalisieren und den nach der Preisfreigabe und angesichts der Güterknappheit zu erwartenden Inflationsschub durch restriktive Geld- und Fiskalpolitik zu vermeiden (Bhaduri, Laski 1998). Befunden, daß der aggregierte Output nach dieser Roßkur dramatisch zurückging (Abb. 2), begegnete Jeffrey Sachs mit dem Argument, die Statistiken unter den früheren, kommunistischen Regime seien verfälscht gewesen, und was nach den neuen, zutreffenden Statistiken wie ein Rückgang aussieht, sei in Wahrheit ein Anstieg des Output. In diesem Zusammenhang bemühte Sachs gern das Beispiel, daß nun viele Menschen ihre eigenen Unternehmer geworden seien, und sei es nur, daß sie mit einem Bachladen unterwegs wären, um Kleinhandel zu betreiben.

2.2.3. Phönix aus der Asche?

Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur ist vor allem in jenen Wirtschaften Voraussetzung für ein wirtschaftliches „take-off“, welche sich auf Grund von Außenhandelschwierigkeiten und dem zufolge geringem außenwirtschaftlichem Verflechtungsgrad nicht sehr stark auf bestimmte Produktionen spezialisieren können. Selbst wenn in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion der Dienstleistungssektor unterentwickelt war, ist ein Volk von Kleinsthändlern nicht die geeignete Antwort auf die Strukturprobleme. Erstens fehlte die für eine rasche Wirtschaftsentwicklung erforderliche solide industrielle Basis in Form von entwicklungsfähigen, zu Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen fähigen Unternehmen, was angesichts der nur im - abgeschotteten - sozialistischen „Wettbewerb“ überlebensfähigen und im marktwirtschaftlichen Wettbewerb nicht konkurrenzfähigen Produktlinien und Produktionsanlagen offensichtlich

war. Zweitens bedürfen moderne, wachstumsfähige Industriestrukturen gerade im großen Trend zum „outsourcing“ und der „just-in-time delivery“ einer qualitativ anspruchsvollen, hochwertigen Angebotspalette an wirtschaftsnahen Dienstleistungen, welche von entlassenen Arbeitern und Betriebsverwaltungsbeamten sicher nicht erbracht werden können.

Neue Wirtschaftszweige, die wie Phönix aus der Asche aufsteigen und gleichsam über Nacht zu neuen Arbeitsplätzen und Güterangeboten führen, gab es selbst nach dem zweiten Weltkrieg nicht, wo es - selbst bei einem groß angelegten Marshall-Plan, mit reichlich marktwirtschaftlicher Erfahrung und den verbliebenen etablierten Geschäftsbeziehungen - nahezu zehn Jahre dauerte, die Wirtschaft wieder aufzubauen bzw. aus einer Rüstungsindustrie in eine Friedensindustrie umzuschmieden.

2.4.4. Orientierungslosigkeit durch Umbruch und Absenz von Institutionen

Die Verhältnisse in den Bereichen inländischen Staats- oder Privatunternehmertums sahen allerdings noch viel weniger hoffnungsvoll aus, wenn man sich die individuelle Motivationslage, das unternehmerische Know-how, und die Informationslage bezüglich Marktbeziehungen, Politikentscheidungen, rechtlichen Regelungen und Finanzierungsfazilitäten anbelangt.

Der Umbruch war charakterisiert durch den Wegbruch der alten Institutionen und dem Ersehnen neuer, leistungsfähiger, die die (vermeintlich überkommenen) alten Wirtschafts- und Sozialstrukturen ersetzen sollten.

(a) Motivationslage und unternehmerisches Know-how

Der durchschnittliche Werktätige war Kommandoempfänger und -weitergeber in einer riesigen, bürokratischen Hierarchie. Der materielle Anreiz der Einkommenserzielung durch effiziente Leistungserbringung fehlte fast vollständig; der ideelle Anreiz des Sozialistischen Wettbewerbs wirkte im Hinblick auf das ökonomische Prinzip offenbar kaum und fiel im Vergleich zu den liberalen Marktanreizen so gut wie gar nicht ins Gewicht. Wichtig war immerhin die Planerfüllung, deren Druck das rationale Individuum anreizte, die Notwendigkeit einer möglichst hohen Inputausstattung nachzuweisen, um eventuellen Negativsanktionen bei Nichterfüllung des Plans mit größter Wahrscheinlichkeit zu entgehen. Das rationale Individuum verhält sich in einem anreizinkompatiblen System (Hurwicz 1972), wie dem der östlichen und der westlichen Bürokratie, systematisch ökonomisch ineffizient. Was man gelernt hat

und ständig übt, ist Inputmaximierung und die geschickte Umgehung von Qualitätsnormen.

Darüber hinaus führte dieses inputmaximierende System dazu, daß die ehrgeizig gesteckten politischen Planziele nicht erreicht wurden und weder durch ideelle Positivsanktionen noch durch Negativsanktionen realisiert werden konnten. Dieses Scheitern ist durch Harvey Leibenstein's Theorie begrenzt rationalen Verhaltens in bürokratischen Systemen (1976) - also in Nicht-Marktsystemen - recht gut zu erklären. Die regelmäßige Untererfüllung des Plansolls und die faktische Unmöglichkeit von Negativsanktionen für das Gros der Werktätigen führten dazu, daß das Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit und tatsächlichen Wahrnehmung der Verantwortung tendenziell verkümmerte (in Leibenstein's Terminologie heißt dieses Phänomen soziale Entropie).

Schließlich ist auch der Aspekt der kollektivistischen Gesellschaftsauffassung paternalistischer Ausprägung nicht zu übersehen, nämlich vor allem in seiner Auswirkung auf die Passivität des Verhaltens und das Anspruchs- bzw. Versorgungsdenken, was Arbeitsplatz, Einkommen und Wohnung betrifft.

Ausgehend von dieser systembedingten Motivationslage und dem Fehlen von Unternehmertätigkeit im marktwirtschaftlichen Sinn, standen die Werktätigen vor der ihnen nach der Wende abverlangten Aufgabe, ökonomisch statt administrativ zu denken sowie initiativ und innovativ zu handeln - kurzum: solche als Unternehmer oder Mitarbeiter Entscheidungen zu treffen, welche ökonomische Effizienz im marktwirtschaftlichen Sinn ausmachen, angefangen von der Minimalkostenkombination (statische Allokationseffizienz) bis hin zu den Qualitäten des Schumpeter'schen Unternehmers (dynamische Allokationseffizienz).

War es deshalb nicht überzogen zu erwarten, daß sich die Wirtschaftsteilnehmer kurzfristig vom Bürokraten zum Homo oeconomicus entwickeln würden? Insbesondere steht zu bedenken, daß erstens die Zukunft gerade in Zeiten des Systemumbruchs essentiell ungewiß ist - gibt es doch keinerlei Erfahrungen, an denen man sich orientieren und auf deren Grundlage man tragfähige Erwartungen bilden könnte - und daß zweitens schon aus dem Westen bekannt ist, daß Wirtschaftssubjekte, -wissenschaftler und -politiker dazu neigen, bei Enttäuschung über das bisherige System sich im guten, aber häufig naiven Glauben fast blind und voll wenig fundierter Hoffnung einem neuen Konzept zuwenden, von dem sie das soziale Heil ersehen. Noch dazu taten die wohlstandsmäßig weit überlegenen Marktwirtschaften im Wettstreit um das beste Wirtschaftskonzept das ihre dazu bei, daß die Bürger der Re-

formstaaten erwarteten, die Marktwirtschaft führe sich von selbst ein, indem man das alte System einfach abschafft - man denke an Hayeks trügerisches und oft überinterpretiertes Konzept der „spontane Ordnung“ - oder die Marktwirtschaft werde von der jeweils überbringenden Autorität schon eingeführt und man brauche nur mehr davon profitieren.

Ein geflügeltes Wort besagt, technischer Fortschritt fällt nicht wie Manna vom Himmel. Tatsächlich ist technischer, organisatorischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt in seiner Einführung und Nutzarmachung an Sachkapital, Humankapital und Finanzkapital gebunden, also an individuelle Investitionen in Anlagen, in technisches, organisatorisches und unternehmerisches Know-how, an Investitionen, deren Bedeutung erst erkannt und deren Realisation erst finanzierbar gemacht werden muß.

(b) Informationsmärkte und Marktinformationen

Vollständige Information wird in den zahlreichen idealtypischen Modellen einfach vorausgesetzt. In realtypischen Modellen und realen Systemen ist Information allerdings ein knappes Gut und Informationsbeschaffung eine notwendige, aber kostspielige Inputleistung. Wird die Information auf einem Markt angeboten, ist ihr effizienter Einsatz nach Nutzen/Kosten-Kalkülen relativ leicht zu bewerkstelligen und - auf Grund der Spezialisierung („economies of scale and scope“) relativ billig und breit genützt.

Ist dies nicht der Fall, können bei einem Systemumbruch, wenn alles im Fluß ist, notwendige Informationen einfach nicht vorhanden und zumindest dezentral nicht beschaffbar sein. Vor allem in der Gründungs- und Umgründungsphase einer Unternehmung können notwendige, aber allein sicher nicht für einen Geschäftserfolg hinreichende Informationen prohibitiv teuer sein. Oder die benötigten Informationen werden nicht oder nur suboptimal beschafft, wenn in einer Situation der essentiellen Unsicherheit über neu entstehende Märkte die Grenznutzen und die Grenzkosten der Information nicht annähernd genau abgeschätzt werden können (Leibenstein 1976).

In einer Situation, in der bisherige Marktteilnehmer wegfallen, Liefer- und Leistungsbeziehungen hinfällig werden oder als hinfällig angesehen werden, neue, (noch) unbekannte Marktteilnehmer irgendwo, irgendwann als Anbieter und Nachfrager irgendwelcher Güter auftreten und potentielle Handelspartner gesucht und als Über-

lebensbedingung gefunden werden müssen, fehlt - wie in den Reformstaaten, wo der Systemübergang in einem „big bang“ vollzogen wurde - ein effizienter oder überhaupt ein Markt für Informationen über potentielle Handelsbeziehungen und Produktionslinien, fehlt der Walrasianische Auktionator, der allein die ökonomischen Transaktionen pareto-effizient gestalten kann. Dies gilt besonders für den Handel in großräumigen Wirtschaften und noch mehr für den internationalen Handel, wo die Produktivitätsvorteile der Arbeitsteilung und Spezialisierung auf die jeweiligen komparativen Produktionsvorteile erst recht zum Tragen gebracht werden können.

(c) Politikentscheidungen und Wirtschaftsordnung

In der Theorie und Politik der Marktwirtschaft, insbesondere in der Neuen Klassischen Makroökonomik, wird stets die Notwendigkeit der Vorhersehbarkeit und Einplanbarkeit wirtschaftspolitischer Regelungen und Maßnahmen betont. Im Vergleich zum Westen, wo diese Forderung selbst kaum realisiert ist, waren und sind zum Teil die diesbezüglichen Verhältnisse in den Reformstaaten wesentlich unsicherer und unzuverlässiger.

Ein erheblicher Negativanreiz („disincentive“) für das - wenn auch nur inoffiziell erwünschte und vielerorts offiziell abgelehnte - Gewinnstreben war der Umstand, daß die Gewinne in unvorhersehbar unregelmäßiger Weise immer wieder aus fiskalischen Motiven zur Gänze weggesteuert wurden; in anderen Zeiten drängte die Finanzverwaltung wiederum gar nicht auf die Ablieferung der Gewinnsteuer. Ein anderes Beispiel für Unberechenbarkeit ist jene der Umweltauflagen und Umweltabgaben. Einmal wurde ihre Einhaltung streng überprüft und durchgesetzt, ein anderes Mal zwar überprüft aber ihre Mißachtung nicht sanktioniert, und wieder ein anderes Mal wurden die eingehobenen Umweltabgaben durch diskretionär zugewiesene Subventionen wieder kompensiert oder gar überkompensiert (Bartel 1994). Gilt in der westlichen Marktwirtschaft schon eine uneinheitliche Judikatur als wirtschaftshemmend, umso schwerer wiegt es in den Reformstaaten, wenn es dort nach der Deregulierung noch keine neue oder bereits ausgereifte Wirtschaftsordnung gibt und keine objektivierbaren Vorstellungen über die künftige oder noch weiter zu entwickelnde Wirtschaftsordnung gebildet werden können. Dies gilt insbesondere für die (Neu-)Definition der Eigentumsrechte an Produktionsmitteln und an dem Gemeinschaftsgut Naturkapital.

(d) Finanzierungsinstitutionen

Seit John Maynard Keynes bereits vor 70 Jahren die Liquiditätspräferenztheorie entwickelt hat, die dem Transaktionsmotiv auch noch das Spekulations- und das allerdings wenig bekannte Finanzierungsmotiv für die Geldhaltung hinzufügt, verfügen wir über eine monetäre Theorie des Output; Geld liegt nicht mehr nur wie ein Schleier über dem realen Sektor, sondern beeinflusst diesen sehr wohl, selbst in monetaristischen Modellrahmen (allerdings nur kurzfristig). Dennoch wird die Ökonomik meist nur durch die Finanzierungs Krisen, wie einst die Weltwirtschaftskrise und jüngst die Asien- und Südamerika-Krise, an die verheerenden realwirtschaftlichen Folgen von Finanzierungsproblemen erinnert. Solche Krisen brechen aus, wenn ein stark expandierendes, aber gerade deswegen unzureichend leistungsfähiges System der Finanzintermediation von Spekulationen destabilisiert wird. Verstärkt werden diese Krisen von Firmeninsolvenzen wie von unzureichend leistungsfähigen wirtschaftspolitischen Interventionen (stipuliert vor allem durch IWF), die das System weiter schwächen und wiederum Reaktionen von Anlegern und riesige internationale Kapitalströme hervorrufen usw. (Dieter 1998).

Speziell im Hinblick auf die Reformwirtschaften ist es Keynes's Finanzierungsmotiv der Geldnachfrage, das als Erklärung für die Hemmung des Systemübergangs geeignet ist, indem hohe Zinsen die unternehmerischen Investitionen bereits in der Planungsphase verhindern, indem bereits die erste kurz- bis mittelfristige Vorfinanzierung des Projekts an prohibitiv hohen Zinsen scheitert. Außerdem sehen sich Unternehmen in der so unsicheren (Um-)Gründungsphase und vor allem in noch zu reformierenden Wirtschaften mit einer sehr hohen Risikoprämie auf die Prime Rate konfrontiert. Selbst wenn die Investitionsprojekte aussichtsreich sein sollten, wird Finanzierung in einer sich erst neu entwickelnden Banken- und Börsenlandschaft und vor allem angesichts außergewöhnlich hoher Finanzierungsnachfrage ein Hauptproblem- und -engpaßfaktor für die Wirtschaftsentwicklung darstellen.

(e) Das Institutionendefizit im allgemeinen

Faßt man den Begriffsinhalt von Institutionen weit, so können alle gerade angesprochenen Informations- und Regelungsdefizite darunter subsumiert werden (Tsuru 1993, Bhaduri, Laski 1998). Trotz der weit ins vorige Jahrhundert bis zu Karl Marx zurück reichenden Erkenntnis, daß Institutionen ressourcensparend (kostensenkend bzw. produktivitätsfördernd) wirken und ihre Ausgestaltung für den Wirtschaftsablauf und seine Ergebnisse von entscheidender Bedeutung sind, begnügen sich die ge-

genwärtigen Mainstream Economics weitgehend mit dem Hinweis darauf, daß die institutionellen Erfordernisse in den Übergangswirtschaften erfüllt sein müssen. Erstens ersetzt jedoch dieser Hinweis die institutionelle Gestaltung in der Praxis natürlich nicht. Zweitens werden mit einem solchen Hinweis offenbar die Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Wirtschaftsordnung sowie die Liberalisierung aller Preise gemeint, nicht aber Institutionen zur effizienten Herabsetzung des Informationsproblems, das gerade in den unsicheren Phasen des Systemumbruchs virulent ist.

Gerade die moderne Institutionenökonomik unterscheidet und berücksichtigt bewußt einerseits Organisationen („players of the game“) und Institutionen im Sinn von Gebräuchen und eingeübten Abläufen, welche den Störeinfluß von Komplexität und Ungewißheit herabsetzen, also eine Art wirtschaftlicher und sozialer Spielregeln („rules of the game“), die allgemein verstanden sind und auf die man sicher verlassen kann.

Man stelle sich zur Illustration der institutionellen Problematik in ihrer Gesamterscheinung folgendes vor: Man wird unerwartet aus einem bürokratischen Job entlassen und ist ohne Einkommen. Die liberalisierten Preise steigen und reduzieren die Kaufkraft seines Finanzvermögens (zumindest bis die restriktive Geldpolitik der Zentralbank die Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungskrise noch weiter verschärft und dadurch die Inflation in Zaum hält). Die bisherige und einzige erlernte Denk- und Arbeitsweise ist auf dem neuen, wettbewerblich organisierten Arbeitsmarkt kaum mehr gefragt. Man möchte und muß sich mit irgendeiner persönlichen, allgemein brauchbaren Fähigkeit ein (wenn auch noch so geringes) Einkommen selbständig erwerben. Dazu braucht man eine Kreditfinanzierung, die mangels Kreditangebot, Bonität oder Besicherung bzw. auf Grund von Realzinsen, die zu hoch sind, als daß man sich eine Rückzahlung vorstellen könnte, nicht gelingt. Selbst wenn ein Kleinunternehmen finanzierbar erscheint, kennt man weder die Spielregeln, die dafür gelten oder vielleicht bald einmal gelten werden (etwa Finanzbuchhaltungs- und Steuerregelungen), noch die Präferenzen der Nachfrager für meine Produkte bzw. die Konkurrenzprodukte, gegen die man sich auf dem Markt behaupten muß. Gleichzeitig sieht man ausländische, aber auch einige wenige inländische Marktteilnehmer mit ihrem Reichtum, der einem selbst unvorstellbar oder zumindest unerklärlich ist. Und man denkt an die Verheißungen der Systemreformer, man vergleicht sie mit seinen enttäuschten Erwartungen und mit dem Lebensstandard, über den man unter dem vergangenen Regime verfügt hat, und man wählt nationalistisch oder wieder kommunistisch.

Derartige „Rückschritte“ in Richtung des alten Wirtschaftssystems mögen die Wohlstandssituation kurzfristig verbessern, bergen aber die Gefahr in sich, daß sich das System nicht mehr - auch nicht mit der gebotenen Vorsicht und institutionellen Absicherung - in Richtung einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickelt. Eine Marktwirtschaft wird politisch nur honoriert und kann eine demokratische Gesellschaftsordnung nur stützen, wenn sie nicht nur mit höherer Produktivität, sondern auch mit einem befriedigenden Niveau von Beschäftigung und Einkommen, Wachstum und Wohlfahrtssteigerung einher geht.

2.2.4. Das österreichische Beispiel: eine Analogie für den Osteuropa?

Felix Butschek (1998) verwendet die Erkenntnisse der Neuen Institutionenökonomie über „players“ und „rules“ dazu, den großen, teils kontraintuitiven Unterschied zwischen der Wirtschaftsentwicklung Österreichs nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. 1918 gab es relativ wenig Kriegszerstörungen. Die gesellschaftlichen Organisationen („players“) waren bereits geschaffen, aber in ihrer sozio-ökonomischen Funktionserfüllung eines konstruktiven gesellschaftlichen Zusammenspiels („rules“) zwischen den Interessenorganisationen noch nicht geübt. Weiters wurden die bestehenden Institutionen des Binnenhandels größtenteils zerstört und durch mühsam zu errichtende Außenhandelsbeziehungen zu ersetzen, die durch protektionistischen Nationalstaatsdirigismus noch erheblich erschwert wurden. Die Folge davon war eine entscheidende Unsicherheit, die zu der geringsten Investitionsquote seit der Industriellen Revolution und zu einer ungewöhnlich langsamen Outputentwicklung führte (1937 waren erst 90 % des BIP von 1913 erreicht).

Im Gegensatz dazu waren die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs viel verheerender. Doch die Institutionen („players and rules“) wurden nach Kriegsende einfach wiederbelebt und hatten zwischenzeitlich - wenn auch schmerzhaft bezahlte - Erfahrungen gesammelt, von denen der sozialpartnerschaftliche Geist („rules“) profitierte. Die Finanzierung des Wiederaufbaus konnte auf ein durch Regulierung von der Inflation verschontes Geldsystem sowie auf die Fazilitäten des European Recovery Program „Marshall-Plan“), des IWF und der Weltbank zurückgreifen. Auch daher war die Humankapitalknappheit ein größeres Problem als die Sachkapitalknappheit. Die Folge der intakten Institutionenlandschaft war eine der weltweit höchsten und stabilsten Investitionsquoten zwischen 1960 und 1996.

In dieser Hinsicht dürfte die österreichische historische Lektion eine brauchbare Analogie für die Herausforderungen des Systemübergangs in Osteuropa darstellen,

zumal die Ähnlichkeit mit der Situation Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg gegeben ist und die Analogie der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit als Orientierungshilfe für die heutige Politik des Systemwandels dienen könnte.

2.2.5. Was nun?

Die einzige konstruktive Perspektive für eine möglichst rasche, befriedigende Wirtschaftsentwicklung in den Reformstaaten boten mithin die ausländischen Unternehmen mit ihren Direktinvestitionen, denen es auch gelang, die Produktivität und Qualität der Inputs und Outputs signifikant zu erhöhen. Doch erstens kann und sollte der „take-off“ einer ganzen Wirtschaft nicht ausschließlich durch ausländische Direktinvestitionen erfolgen. Und zweitens sind die dadurch erzielten Produktivitätssteigerungen bisher nur in enttäuschendem Maß in Wachstums- und Wohlfahrtseffekte sowie in Finanzierungsbeiträge zum Staatshaushalt umgesetzt worden, was mit der bereits angesprochenen Machtposition der ausländischen Direktinvestoren in der Wirtschaft und gegenüber der Wirtschaftspolitik zusammenhängen dürfte (Bartel, Pointner, Schneider 1997). Also ist wieder einmal die Wirtschaftspolitik gefragt, ebenso wie die Wirtschaftswissenschaft, die sie berät.

2.3. Politikberatung und ihre Fundamente

2.3.1. Ökonometrischer Fortschritt

Was die ökonomische Wissenschaft betrifft, reagierte man sehr rasch und investierte in die Arbeit an ökonometrischen Modellierungstechniken, welche der Problematik sehr kurzer Zeitreihen Rechnung trugen; die Daten aus den Übergangswirtschaften waren erst sehr jungen Datums, und die Daten der Vorgängerwirtschaften waren auf Grund des Systemumbruchs, also des Strukturbruchs in den Systembeziehungen nicht wirklich zu gebrauchen. Diese Modelle erlaubten es zumindest einigermaßen, die Effekte jener Politikmaßnahmen zu simulieren, die von den Mainstream Economists als erforderlich erachtet wurden, um makroökonomische Stabilität zu erreichen: geringe Inflation, Außenhandelsgleichgewicht und Wachstum.

2.3.2. Modelle mit rationalen Erwartungen und ihre Implikation

Immerhin gingen diese ökonometrisch geschätzten (strukturellen) Simulationsmodelle von den ihnen zu Grunde liegenden, primär deduktiv erzielten theoretischen Vorstellungen von Märkten aus, wie sie im Westen existieren und unter den dortigen institutionellen Gegebenheiten mehr recht als schlecht funktionieren. Insbesondere beruhen solche Modelle auf der Prämisse rationaler Erwartungsbildung, wie sie für die momentan moderne Neue Klassische Makroökonomik charakteristisch ist. Rationale Erwartungen bedeuten, daß die Wirtschaftssubjekte aus ihrer Erfahrung die Funktionsweise der Wirtschaft wie aus einem Lehrbuch kennen, die zukünftige Entwicklung antizipieren, indem sie ihre zukunftsgerichteten Entscheidungen der künftigen wirtschaftlichen Situation optimal anpassen. Mit anderen Worten: die wirtschaftliche Kausalität geht in der sogenannten logischen Zeit, die in solchen ahistorischen Modellen herrscht, aus der Zukunft in die Gegenwart.

2.3.3. Modelle mit historischer Ungewißheit und ihre Implikation

Dieses theoretische Konzept widerspricht klar der Auffassung von einer historischen Zeit, wo für die Erwartungsbildung Informationen aus der Vergangenheit herangezogen werden müssen und wo die darauf beruhenden, unsicheren Gegenwartsentscheidungen die Zukunft unwissentlich prädestinieren und nur schwer reversibel machen. Auf Grund einer solchen Auffassung von Wirtschaftsentwicklung tendiert die Wirtschaft nicht systematisch zu einem Gleichgewicht bei Vollauslastung der Ressourcen. Daher ist auch mit ganz anderen Konsequenzen einer makroökonomischen Stabilisierungspolitik mittels restriktiver Geld- und Fiskalpolitik zu rechnen, insbesondere mit den hohen negativen Wachstumsraten von Produktion und Einkommen und der hartnäckigen Massenarbeitslosigkeit und ihren sozialen Konsequenzen. Selbiges gilt für die Beschäftigungsproblematik und -politik im westlichen Europa (Gordon 1993, S. 333ff.). Jedenfalls stellt die „historizistische“ Sicht der Welt und die darauf beruhende induktive, viel stärker an Institutionen orientierte Herangehensweise an die wirtschaftliche Analyse eine Alternative zur Erklärung der massiven Outputverluste nach dem Umbruch durch unzutreffende Statistiken dar (Bartel 1998, vgl. auch Punkt 2.2.2.).

2.3.4. Institutionelle Analyse und institutionelles Design

Fast zehn Jahre nach dem Beginn der Systemänderungen unterstreichen Repräsentanten der Reformstaaten, daß das institutionelle Design die langwierigste und schwierigste Aufgabe der Wirtschaftspolitiker in den Reformstaaten ist und beklagen gleichzeitig, daß sie in diesen ihren Bemühungen von den westlichen Ökonomen größtenteils im Stich gelassen werden. Westliche Ökonomen wissen inzwischen aus eigener Erfahrung, wie heikel selbst in passabel funktionierenden Marktwirtschaften die Aufgabe der effizienten Regulierung von Märkten ist, die auf Grund neuartiger Kommunikationstechnologien entstehen bzw. die begleitend zur (Teil-)Privatisierung zu regulieren sind, um Marktmachtpositionen hintan zu halten. Wie viel fordernder ist mithin diese Aufgabe in den institutionell im Westen immer noch zuwenig bekannten und erforschten und unzulänglich funktionierenden Reformsystemen, zumal es immer noch eine Mischung aus alten und neuen Systemelementen gibt (sei es in der Wirtschaftsmentalität, den Eigentumsverhältnissen, dem Personal oder der Organisation der Märkte und Firmen). Ebenso gewinnt man den Eindruck, daß die meisten westlichen Ökonomen erkenntnismäßig ungefähr noch dort stehen, wo sie bereits vor fast einem Jahrzehnt gestanden sind, und sich nun endlich in primär induktiver Analyse erfolversprechender mit den Problemen des Systemwandels und ihren Lösungen auseinander zu setzen.⁴

2.3.5. Einschätzung und Abwägung der analytischen Stärke der Modelltypen

Primär induktive, an den (institutionellen) Gegebenheiten der Realität stärker ausgerichtete Analysen können sicherlich den Anspruch der orthodoxen Modelle auf formal-analytische Brillanz und Generalität ihrer Aussagen bei weitem nicht erreichen. Doch bieten sie den Vorzug, in einem eng begrenzten Problembereich Aussagen zu treffen, deren ökonomisch-soziale Nützlichkeit bei weitem nicht so stark durch die Anwendungsproblematik generell-abstrakterer Modelle eingeschränkt ist.

Außerdem ist ein Systemübergang naturgemäß ein sehr dynamischer Prozeß. Prognose- und Simulationsmodelle beruhen entweder auf theoretischen Vorstellungen über die Strukturbeziehungen in der Wirtschaft, die dann mit den vorliegenden empi-

⁴ Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement - East and West European Perspectives, WIIW 25 Years Anniversary Conference, Vienna, November 11-13, 1998.

„Environmental economists must be (and, we believe, are) prepared to come to terms with detailed, but important, matters of implementation: (..) In short, economists must be ready to 'get their hands dirty'“ (Cropper, Oates 1992, p. 730f.).

rischen Daten ökonomisch geschätzt werden, oder diese Modelle sind numerischer Natur und werden auf Grund der gesammelten Daten so kalibriert, daß die bisherige Entwicklung der Variablen möglichst zutreffend nachgebildet wird (Bartel 1991). Beide dieser Ansätze werden zu Zwecken der Problemprognose und der Simulation wirtschaftspolitischer Maßnahmen verwendet. Das außergewöhnlich hohe Tempo und Ausmaß von Veränderungen, die einen Systemübergang kennzeichnen und seine besondere Dynamik ausmachen, verschärfen das geschilderte methodische Problem, daß Problem- und Wirkungsprognosen eigentlich auf den strukturellen Grundlagen der Wirtschaft beruhen, die bis vor einigen Monaten gegolten haben mögen, aber schon heute oder zumindest sehr bald keine Gültigkeit mehr besitzen. Aus diesem Grund sind Modellrechnungen für Übergangswirtschaften mit noch viel größerer Vorsicht und für noch weit kürzere Zukunftszeiträume als Entscheidungsgrundlage heranzuziehen als dies gemeinhin schon getan werden müßte.

Qualitative Einschätzungen der gesellschaftlichen (politischen, institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen) Entwicklungen befriedigen nicht sehr, beurteilt am Maßstab der Exaktheit der Formalwissenschaften, als Hilfswissenschaften in der Ökonomie eingesetzt werden. Doch erweisen sich qualitative Experteneinschätzungen (Delphi-, Panel-Methoden) mitunter als nicht ungeeignet für Prognosen und gewinnen angesichts der Anwendungsproblematik der exakten Methoden auf die Realität für die wissenschaftliche wirtschaftspolitische Beratung an Bedeutung.

2.4. Fazit: Institutionen zur Unterstützung eines sanfteren Systemübergangs

Zur Erleichterung des Systemübergangs im Sinn der Verringerung sozialer Kosten bzw. zur Beschleunigung der Überwindung der kritischen, problembeladenen Phase des Systemwandels kann als Konsequenz der vorangegangenen Überlegungen empfohlen werden, Institutionen für den Transfer von demokratischer Bildung, von marktwirtschaftlichem Know-how, von wirtschaftspolitischem Rüstzeug und von Informationen über potentielle Geschäftsverbindungen zu schaffen sowie Finanzierungsfazilitäten anzubieten, die der speziellen Finanzierungsproblematik von Firmen in einem neuen System, wo sie noch unerfahren sind, Rechnung tragen. Zusätzlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Systemübergang politisch nur dann gegen den Rückfall in das frühere Gesellschaftssystem abgesichert werden kann, wenn die sozialen Anpassungskosten staatlicherseits durch Sozialtransfers mitgetragen werden, auch wenn diese aus neoliberaler Perspektive als unproduktive staatlichen Leistungen angesehen und daher eher nicht befürwortet werden.

3. Ostöffnung und Ostintegration

3.1. Österreichischer Osthandel

Die historisch bedingten guten Handelsbeziehungen Österreichs zu Osteuropa gehen auf die Monarchie zurück und lebten nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ende der Besatzungszeit wieder auf.

Der Handel über den Eisernen Vorhang hinweg sowie nach der Wende war stets durch klare österreichische Vorteile in Form von Waren-, Waren- und Dienstleistungsbilanz- sowie Leistungsbilanz-Überschüssen gekennzeichnet (Abb. 3). Allerdings gab es zwischen 1975 und dem Systemumbruch 1989 einen Rückgang der österreichischen Ostexportüberschüsse (was auch in Abb. 4 zu erkennen ist). Dieser Rückgang begründete sich mit den wachsenden Auslandsverschuldungsproblemen der ehemaligen RGW-Staaten, der Zuwachs der Importe mit der zunehmenden Bedeutung der Kompensationsgeschäfte. Die Waren- und Dienstleistungsbilanz-Überschüsse wurde durch die Nettotransfers an Osteuropa nicht nennenswert reduziert, so daß der Leistungsbilanz-Überschuß Österreichs nahezu denselben Verlauf nimmt. Die Nettotransfers waren sogar vor der Wende deutlich größer als danach (Abb. 3). Der Außenhandel Österreichs über den Eisernen Vorhang hinweg sowie nach dessen Fall geriet Österreichs stets zum Vorteil, was den Beitrag zum Einkommen (Sozial- bzw. Inlandsprodukt) betrifft, und -spiegelbildlich - den Oststaaten zum Nachteil (Bartel, Pointner, Schneider 1997).

Wie aus Abb. 4 zu ersehen ist, erhöhte sich durch die Ostöffnung nach 1989 der Anteil der österreichischen Ostexporte an den Gesamtexporten von 9,0 auf 15,4 Prozent. Gleichzeitig nahm - ebenso stetig - der Anteil der österreichischen Ostimporte an den Gesamtimporten von 6,1 auf 10,0 Prozent zu, aber nur um 3,9 Punkte im Vergleich zu plus 6,4 Punkten bei den Exporten. Dies kann als starkes Indiz dafür gewertet werden, daß nicht nur die relativen Export- und Importpreisniveaus für die Außenhandelsentwicklung verantwortlich sind, sondern offenbar auch andere Faktoren, wie vielleicht die Qualität der Güter in Zusammenhang mit den Präferenzen der Nachfrager. Das zeigen auch die internationalen Wettbewerbs-Rankings, wo kein europäisches Reformland unter den 30 kompetitivsten Volkswirtschaften vertreten ist (Abb. 5a und 5b).

Abb. 6 zeigt die relative Bedeutung des Osthandels für den österreichischen Außenhandel (ist aber auf Grund der unterschiedlichen geographischen Abgrenzung nicht

exakt mit Abb. 4 vergleichbar). Gemessen am Export- und Importanteil bilden Ostmittel-, Südost- und Osteuropa einschließlich der GUS die zweitgrößte Handelspartnergruppe Österreichs nach der dominanten EU und gefolgt von den Nicht-EU-Staaten der OECD.

Immerhin expandieren Österreichs Ostmärkte gegenwärtig am stärksten im Vergleich zu allen anderen Handelspartnergruppen (Abb. 7). Die größten mittel- und osteuropäischen Handelspartnerländer Österreichs - nach Exporten wie nach Importen gereiht - sind Ungarn und Tschechien (Abb. 8).

3.2. Befürchtungen, Hoffnungen und regionale Entwicklungen

3.2.1. Makroökonomische Ebene

Angesichts der deutlichen Nettovorteile, die Österreich aus einem erhöhten Osthandel immer schon zog und in zunehmendem Maße zieht, sind die Befürchtungen ökonomischer Verschlechterungen, die in der Öffentlichkeit - auch in der Politik - gehegt werden, zumindest auf makroökonomischer Ebene nicht nachzuvollziehen. Die Ergebnisse einer ein Jahr alten Meinungsumfrage über die Aufgaben, deren Erfüllung der Bundesregierung vorrangig zugeordnet werden, zeigen (Abb. 9), daß Ängste um Beschäftigung und Alterssicherung an vorderster sowie Ängste vor Kriminalität, Immigration und Wohlstandsverlusten an vorderer Stelle stehen. Im Mittelfeld folgen Nennungen wie die Erleichterung von Unternehmensgründungen, die Ankurbelung des Tourismus sowie die Lösung der Verkehrs- und Umweltproblematik. An viel späterer Stelle wird Exportsubventionierung und erst an letzter Stelle die Osterweiterung der EU genannt. Selbst in Regierungskreisen wurde zum Schutz vor der Konkurrenz der angrenzenden Reformwirtschaften die Forderung nach einer 100 Kilometer breiten Sonderförderungszone in Österreich entlang des früheren Eisernen Vorhangs erhoben. Solche Befürchtungen (Abb. 9a) lassen sich auf makroökonomischer Ebene aus Sicht der Leistungsbilanzentwicklung nicht nachvollziehen.

3.2.2. Mikro- und regionalökonomische Ebene

Auf mikroökonomischer Ebene ist es allerdings verständlich, wenn in Österreich die negativen wirtschaftlichen Phänomene nach der Ostöffnung eher wahrgenommen werden als die positiven bzw. wenn die unmittelbar Betroffenen ausschließlich diese Negativa als relevant empfinden und selektiv betonen. Im Gefolge der Ostöffnung

gab es in Österreich nicht nur Umsatz- und Gewinnsteigerungen, Betriebsgründungen, -erweiterungen und -ansiedlungen sowie Beschäftigungs- und Einkommensteigerungen, sondern auch die genau umgekehrten Phänomene.

Ebenso wäre es trotz der Leistungsbilanz-Erfolge Österreichs nach der Ostöffnung auf regionaler Ebene denkbar, daß es wegen der geographischen Nähe und daher intensiveren grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen netto zu Verschlechterungen kommt, daß also Produktion, Einkommen und Beschäftigung in österreichischen Grenzregionen zu den Reformstaaten abnehmen. Die (allerdings sporadisch gesammelte) statistische Evidenz spricht immerhin gegen eine Netto-Benachteiligung der nach der Ostöffnung der Außenhandelskonkurrenz stärker exponierten Grenzgebiete.

(a) Industrie- und Tourismuswachstum

Die aktuellen Wachstumsraten der Industrieproduktion (Abb. 10) liegen in den Bundesländern Burgenland (11,8 %), Wien (7,9 %) und Niederösterreich (5,0 %) deutlich über dem Österreich-Wert (4,0 %), gefolgt von Kärnten (3,9 %) und der Steiermark (3,6 %). Somit ist ein geographisches Gefälle zu Gunsten des Ostens und Südens feststellbar.

Obwohl osteuropäische Urlauber in der österreichischen Tourismusbranche mit 2,5 % der Ausländernächtigungen noch kaum ins Gewicht fallen (Abb. 11), erscheinen die Zuwachsraten der Nächtigungen von Osteuropäern (Abb. 12) insofern schon jetzt, vor allem aber auf lange Sicht vielversprechend, als sie im Gegensatz zu den negativen Zuwachsraten Wachstumsraten der Inländer und der übrigen Ausländer hohe positive Werte aufweisen (1994-96 durchschnittlich 8,5 %).

(b) Einkommenswachstum

In Bezug auf das Nettoeinkommen pro Kopf sind zwar die Regionen Oststeiermark, Mühlviertel Mittelburgenland, Süd- und Weststeiermark, Unterkärnten, Weinviertel, Südburgenland, Waldviertel, Nordburgenland und Klagenfurt-Villach 1995 (in der angegebenen Reihenfolge) unter dem Österreich-Durchschnitt, doch fielen 1993-95 die regionalen Verbesserungen der Einkommensposition gegenüber dem österreichweiten Einkommenszuwachs im Südburgenland, Waldviertel, dem nördlichen Wiener Umland, in der West- und Südsteiermark, im Mühlviertel sowie im Mittelburgenland positiv und in der genannten Reihung am größten aus (Abb. 13).

(c) Änderungen unselbständiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Was die Veränderung der unselbständigen Beschäftigung (nach denselben Regionen) betrifft (Abb. 14), so sind zwischen 1990 und 1996 in folgenden Gebieten die relativen Zuwächse über dem Österreich-Index (Ö. = 100) gelegen: nördliches Burgenland (117,6), Mittelburgenland (113,7), Oststeiermark (112,4), Mühlviertel (109,7), nördliches Wiener Umland (105,5), Weinviertel (104,0) Südburgenland (103,4) und Waldviertel (100,3). Die Arbeitslosenquoten des Mühl- und Weinviertels (5,3 und 5,5 %) sowie des Nord- und Mittelburgenlands (5,6 und 6,0 %) lagen wie jene des Wiener Umlands (5 %) 1996 immerhin unter den Österreich-Wert von 6,8 Prozent.

Die Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Bundesländern im ersten Quartal 1998 (Abb. 15) zeigt, daß das Burgenland die österreichweite Wachstumsrate (0,9 %) aufweist und nur Wien eine Abnahme verzeichnen muß. Ansonsten fällt keine regionale Besonderheit in Zusammenhang mit der Nähe zum ehemaligen Eisernen Vorhang auf.

3.2.3. Aufholprozesse in den Reformstaaten

Auf der Seite der Reformstaaten zeigt sich trotz der zweifellos negativen Beiträge des Handels mit Österreich zu deren Sozialprodukt, daß sich für die Osteuropa insgesamt keine exorbitant hohen Defizite in der Waren- und Dienstleistungsbilanz ergeben (können) und zuweilen auch Überschüsse einstellen (z.B. 1985, 1994).

Darüber hinaus zeigt sich ein Aufholprozeß der Reformwirtschaften auch gegenüber Österreich, der sogar bloß in einem Einjahres-Vergleich (1995/96) des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts zu Kaufkraftparitäten recht deutlich wird (Abb. 16). Allerdings sind im Laufe von 1995 auf 1996 in der Ukraine, Rußland und Bulgarien relative Verschlechterungen gegenüber Österreich zu beobachten. Soweit vorhanden, zeigen dieselben Daten für 1994-96 eine starke Wohlstandsdynamik relativ zu Österreich, und zwar in der Slowakei, in Polen, Tschechien und Slowenien (Abb. 17).

In Bezug auf das Wirtschaftsklima - den Optimismus bzw. Pessimismus in der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung - zeigt eine Meinungsumfrage von Anfang 1997 (Abb. 18), daß die ermittelten „Klimagrade“ zwischen Ländern deutlich

streuen, aber zwischen den Reformstaaten einerseits und alten Marktwirtschaften andererseits nicht auffällig streuen.

3.3. Die konkurrierenden Positionen der Theorie

Zur Öffnung für den Außenhandel haben sich unterschiedliche paradigmatische Positionen entwickelt (Krugman 1996):

3.3.1. Merkantilismus als Basis von Interventionismus

Der Merkantilismus sieht die verschiedenen Volkswirtschaften modellhaft im Grunde als große (nationalstaatliche) Einzelunternehmen an. Was der einen „Firma Staat“ zum Vorteil gereicht - etwa Exporterfolge, welche Zahlungsmittel als speicherfähigen Reichtum, ähnlich den heutigen Währungsreserven, hereinbringen -, das stellt für die anderen „Firmen Staat“ einen Verlust an potentieller Kaufkraft dar. Diese statische, an Zahlungsmittelbeständen und an der mikroökonomischen Perspektive der Gesamtwirtschaft orientierte Sicht vertritt konsequent staatlichen Interventionismus zur Maximierung des Leistungsbilanzüberschusses. Freihandelsabkommen ergeben sich als Ergebnis bilateraler Regierungsverhandlungen über den wechselseitigen Austausch von Exporten lediglich, wenn daraus von beiden Seiten ein Nettoexportgewinn erwartet wird. Ansonsten ist Welthandel ein Verteilungskampf der Nationen um Kaufkraft und kein Ausfluß von internationaler, effizienz- und wohlfahrtsfördernder Arbeitsteilung.

3.3.2. Klassischer Wettbewerb als Basis für Freihandel

Die Klassische Ökonomie betont hingegen den Arbeitsteilungs- und Wohlfahrtsaspekt des Außenhandels. Demgemäß ist das Ziel des Außenhandels die Erwirtschaftung von Importen zu Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung. Exporte sind dabei Zwischenziele, die es zu erreichen gilt, um jene Güter mit internationalen Zahlungsmitteln finanzieren und so erst importieren zu können, die aufgrund komparativer Vorteile von Unternehmen in fremden Ländern günstiger hergestellt werden können als im Inland. Selbst wenn die meisten ausländischen Unternehmen effizienter produzieren, verfügt die heimische Wirtschaft über Bereiche und Firmen, welche komparative Vorteile besitzen und diese Vorteile durch Spezialisierung auf solche Produktlinien erfolgreich in Währungsreserven bringende Exporte - und letztlich in wohlfahrtssteigernde Importe - umsetzen können und sollen. So führt erhöhter

weltwirtschaftlicher Wettbewerb nicht zu einer allgemeinen, gleichzeitigen Wohlstandssenkung in einem wettbewerblich unterlegenen Land - besteht es doch aus zahlreichen verschiedenen, relativ effizienten bzw. ineffizienten Unternehmen. Erhöhte Wettbewerbsintensität führt vielmehr zu verstärkter Spezialisierung, gesteigerter Effizienz und vermehrter Wohlfahrt.

In diesem Sinn ist auch Adam Smith's radikaler ökonomischer Liberalismus zu verstehen, nämlich als Gegenposition zu der in ihrer Natur kurzfristigen und statischen Strategie der Wohlstandsmaximierung durch dirigistischer Wirtschaftspolitik, welche die längerfristigen dynamischen Effekte der Arbeitsteilung auf Effizienz (also Wohlfahrt) und Wachstum (Wohlstandsmehrung) verhindert. Jede Abkehr vom Freihandel bedeutet somit Wohlfahrtseinbußen.

3.3.3. Economies of Scale and Scope (EOS) als Basis für strategische Handelspolitik

Die Neue Handelstheorie, auch Strategische Handelstheorie genannt, kritisiert den Modellplatonismus, den die (Neo-)Klassiker betreiben, und die Naivität bzw. soziale Verantwortungslosigkeit, mit der sie den Freihandel auf der Basis einer realitätsfernen Grundmodells propagieren und verbreiten wollen. An den klassischen Modellprämissen kritisieren strategische Handelstheoretiker die Annahmen, (a) es gebe vollkommene Konkurrenz (was auch homogene Güter voraussetzt), (b) die ökonomische Effizienz sei ein vorgegebenes, ungestaltbares Datum sowie (c) es gebe keine wesentlichen Vorteile der Produktionsgröße („economies of scale“) und der Produktionsvielfalt („economies of scope“) einer Unternehmung. Vielmehr erhalten in einer Welt heterogener Produkte, technischen Fortschritts und von EOS (Skalenerträgen) das Konzept der historischen Zeit, das Schumpeter'sche Prinzip des Firstcomers und der Dispersion von Know-how entscheidende Bedeutung. Eine liberale offene Wirtschaft bietet mehr Möglichkeiten für Produktvielfalt. Exporte sind in diesem Sinn deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die Vielfalt anregen, Spill-overs von Know-how zwischen den Firmen fördern und auf diese Weise (in Einklang mit der modernen Wachstumstheorie) zu Produktivitäts-, Qualitäts- und Wachstumssteigerungen führen. Trotz dieser Dispersion von allgemeinen technischen Erkenntnissen und Erfindungen nimmt die Spezialisierung in der unternehmensspezifischen Forschung, Entwicklung und Produktion eine Schlüsselposition ein. Hauptaufgabe ist es, aus dem „Nebel“ der allgemeinen technischen Erfindungen jene Neuerungen als erste Unternehmung herauszufinden, zu erwerben und spezifisch weiter zu entwickeln, welcher sich am ehesten kommerziell zu verwerten lassen scheinen (Arthur 1996).

Dieser neue handelstheoretische Ansatz ist ähnlich dynamisch wie das Klassische Grundmodell, hat aber mit dem Merkantilismus das Prinzip des „winner takes all“ gemein. Auf Grund der Modellprämissen ist es für den wirtschaftlichen Erfolg einer dem (weltwirtschaftlichen) Wettbewerb exponierten Unternehmung entscheidend, sich in Marktnischen zu positionieren und vor allem neue Marktsegmente zu finden und sich dort zu spezialisieren, indem wissenschaftliche Neuerungen in marktlich verwertbaren Fortschritt umgesetzt werden.

Aus der Sicht einer Volkswirtschaft und einer nationalen, regionalen oder lokalen Regierung ist es angesichts solcher Umstände entscheidend, daß sich dort - frühzeitig und somit aussichtsreich - Unternehmen ansiedeln, welche auf innovativen (Welt-)Märkten vertreten und potentiell konkurrenzfähig, konjunkturrisensicher und wachstumsfördernd sind. Solche Unternehmen bieten auch Arbeitsplätze im bevorzugten Segment des Arbeitsmarktes an, bringen Devisen und tragen - vor allem lokal - zur Diffusion von Know-how bei. Regional vorteilhaft ist es angesichts dessen, die Kompetenzzentren der international tätigen Unternehmen ansiedeln zu können. Der Zwang zur Spezialisierung und Realisierung von EOS bedingt auch, daß in einem bestimmten Marktbereich Kompetenz- aber auch Produktionszentren nur in wenigen Ländern vertreten sind, selbst wenn mehrere Länder (fast) gleich gute Rahmenbedingungen am jeweiligen Standort bieten.

3.3.4. Erziehungsargument als Basis für Protektionismus

Sind diese letzteren Voraussetzungen in der Realität gegeben, stellen sie eine geeignete Argumentationsgrundlage für eine aktive staatliche Industriepolitik innerhalb einer globalisierten Wirtschaft - eben für eine strategische Handelspolitik - dar. Diese Auffassung von der wirtschaftlichen Entwicklung läßt das alte, von der institutionenorientierten Historischen Schule der Nationalökonomie entwickelte Argument von zeitlich begrenzten Entwicklungszöllen wieder relevant und aktuell erscheinen (Rothschild 1997), insbesondere im Hinblick auf die Situation von Übergangswirtschaften, die ihr System (mehr oder weniger) grundlegend erneuern.

3.3.5. Außenhandelstheorien und Ostöffnung

Im Licht der institutionellen Sicht der Außenwirtschaft erscheinen die Assoziierungsabkommen der EU mit den Reformstaaten Europas, in denen eine einseitige Handelsöffnung der EU für Ostexporte (mit den relativ wenigen Ausnahmen „sensibler“

Bereiche, wie Agrarprodukte, Landmaschinen oder Zement) geboten wurde, nicht nur entwicklungstheoretisch gerechtfertigt. Auch präsentiert sich die unilaterale Außenhandelsliberalisierung aus anderen Perspektiven als angezeigt - selbst im Eigeninteresse der EU -, wenn an die den Fortschritt beschleunigenden Spill-overs eines umfangreichen und vielfältigen Handels insbesondere mit geographisch nahe gelegenen Handelspartnern denkt oder an die Auffassung von Exporten als Mittel zur Realisierung von Importen. Überlegungen zu diesem letzteren Argument lassen die (Neo-)Klassische Handelstheorie trotz ihrer realitätsfernen Prämissen als mittelbar doch sehr politikrelevant erkennen, weist doch das allgemeine Gleichgewichtsmodell der (Neo-)Klassik auf die allgemeine Interdependenz in der Weltwirtschaft und die langfristigen Vorzüge internationaler Arbeitsteilung hin.

Damit die langfristigen Wohlfahrtsgewinne des neuen Systems weiter verfolgt werden und nicht Zuflucht zu den alten Konzepten gesucht wird, muß es wirtschaftspolitisch darum gehen, die sozialen Kosten des Übergangs zu reduzieren. Darauf weist die merkantilistische Position hin, indem sie die kurzfristigen Wohlstandseffekte des Außenhandels betont und so ein Argument für unilateralen Protektionismus bietet. Schutzzöllen soll, wie die Historische Schule betont, kein retorsiver Protektionismus (Revanchismus) folgen. Schutzzölle sollen aber nur Erziehungszölle und damit von vorübergehender Geltung sein. Darauf wird durch die Mahnung der Klassik zur Offenheit und durch die Kritik an der strategischen Handelspolitik als einer neuen Form des merkantilistischen Protektionismus - bloß auf der Argumentationsbasis der Strategischen Handelstheorie - hingewiesen (Krugman 1996). Und nicht zuletzt weist die Neue Politische Ökonomie auf die eigennutzorientierten Lobbyismus-Aktivitäten der großen Unternehmen hin, welche im Zeitalter nationaler Produktion dem Protektionismus das Wort redeten und im Zeitalter der weltweiten Mobilität unternehmerischen Kapitals aus Gründen der kostengünstigen globalen Reallokation für bedingungslosen Freihandel eintreten (Rothschild 1997). Alle diese Aspekte bereichern somit die Entscheidungsfindung.

In einer differenzierten Sicht stellt sich also die außenhandelspolitische Frage nicht als weder als kategorische noch als dogmatisch diktierte Extrementscheidung dar. Die Frage nach Außenhandelsliberalisierung im allgemeinen und nach der Ostöffnung im besonderen, welche beide eigentlich einer regionalwirtschaftlichen bzw. letztlich weltwirtschaftlichen Integration dienen, ist eine kasuistische und pragmatische (oder sollte es zumindest sein). In diesem Sinn ist eine seriöse Analyse erforderlich, welche bemüht ist, allen theoretische Argumenten aufgeschlossen zu sein, die relevanten Voraussetzungen in der Realität zu ergründen und beides in den jeweiligen Problemlösungs-Konzepten zu berücksichtigen. Erste hoffnungsvolle An-

sätze sind tatsächlich bereits zu erkennen, doch gilt es einen großen Nachholbedarf darin zu decken. Vor allem ist noch an den empirischen Grundlagen der wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu arbeiten, obwohl, wie erwähnt, die methodischen Probleme im Fall von raschem Strukturwandel und somit besonders bei Systemübergängen außerordentlich schwierig sind.

3.4. Effekte der europäischen Integration

Unter die europäische Integration fallen Vorgänge wie die Errichtung des EU-Binnenmarktes, die Ostöffnung und die EU-Osterweiterung. Breuss (1998) gibt einen Überblick über vorliegende Modellsimulationen der Effekte all dieser drei Wege der europäischen Integration. In nachstehender Tabelle werden die jeweils mit einem ökonometrisch geschätzten Makromodell und einem kalibrierten numerischen CGE-Modell (Computable General Equilibrium Model) simulierten Auswirkungen auf Makrovariable, wie Realwachstum, Lebenshaltungskosten-Steigerung und Beschäftigungsentwicklung dargestellt. Die Simulationsperioden des ökonometrisch geschätzten Makromodells sind 1995- 2000 für den EU-Beitritt Österreichs, 1989-97 für die Effekte der Ostöffnung auf Österreich und 2002-2010 für die Effekte der Aufnahme der fünf mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL: PL, CZ, SK, H, SLO) in die EU:

Auswirkungen der europäischen Integration auf Österreich simuliert mit einem ökonometrisch geschätzten Makromodell und einem CGE-Modell: durchschnittliche jährliche Effekte als Abweichungen vom Basisszenario bzw. vom Steady-State-Gleichgewicht (in Prozentpunkten) - Quelle: Breuss (1998), Tabelle 8

Variable \ Modell	EU-Beitritt		Ostöffnung		EU-Osterweiterung	
	Makro-modell 1995-00	CGE-Modell (langfrist.)	Makro-modell 1989-97	CGE-Modell (langfrist.)	Makro-modell 2002-10	CGE-Modell (langfrist.)
reales BIP-Wachstum	0,5	1,6	0,4	0,5	0,1	1,5
Lebenshaltungskosteninflation	-0,6	-1,4	-0,02	0,1	-0,1	-0,005
Beschäftigungsänderung	0,2	-	0,3	-	0,1	-
Terms of Trade	-0,1	-	0,0	-	0,1	-
Arbeitslosenquote	-0,1	-	0,3	-	-0,01	-
Leistungsbilanzsaldenquote am BIP	-0,3	-	0,1	-	0,1	-
Budgetüberschußquote am BIP	-0,2	-	0,1	-	0,04	-

Generell fällt an den Ergebnissen auf, daß sie für die gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten unerwartet gering ausfallen. Daraus könnte gefolgert werden, daß sich die Entscheidung über die EU-Osterweiterung eher im Bereich allgemeiner politischer denn wirtschaftspolitischer Überlegungen der bisherigen EU-Mitglieder ansiedeln dürfte.

3.5. Spezielle Aspekte der Osterweiterung der EU

3.5.1. Spezialproblem Osterweiterung und Migration

Österreich besitzt die längste Grenze zu den Reformstaaten. Diese nationale Grenze trennt auch Gebiete mit (noch) sehr unterschiedlichen Preis-, Lohn- und Einkommensniveaus. Wird die Grenze durchlässiger, so ist der Anreiz gegeben, die wirtschaftlichen Vorteile des jeweils anderen Gebiets zu nützen. Die Besitzer von mobilen Produktionsfaktoren werden dadurch besser gestellt, wodurch die jene Wirtschaftssubjekte, welche ihre Produktionsfaktoren nicht mobil einsetzen können, schlechter gestellt werden (Dietz, Walterskirchen 1998). Nachdem durch die Ostöffnung Finanz- und Sachkapital bereits grenzüberschreitend mobiler gemacht wurden, verbleibt als die Schlüsselfrage einer EU-Osterweiterung die dadurch ausgelöste Migration im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und ihre ökonomischen Konsequenzen, insbesondere im Hinblick auf die personelle und regionale Wohlstandsverteilung.

(a) Erhoffte Wohlfahrtseffekte

Die Klassische Handelstheorie betont die (langfristigen) Wohlfahrtseffekte nicht nur des Außenhandels, sondern auch der internationalen Faktormobilität: weltweit produktivster Faktoreinsatz, internationaler Faktorpreisausgleich und Stopp der ökonomisch bedingten Migrationsströme mit ihren Produktivitätsschocks auf die Emigrations- und Immigrationsländer. Doch die Wirtschaftssubjekte und -politiker leben in der Gegenwart und sind jeweils unmittelbar mit den Problemen und Sorgen der kurzen Frist konfrontiert (vgl. Punkt 3.2.2.), welche die allgemeine Gleichgewichtstheorie so gern als sekundär abtut. Die historischen Beispiele der Erhöhung der Freizügigkeit innerhalb EU-Europas werden gewöhnlich herangezogen um zu belegen, daß eine solche Liberalisierung keine nennenswerten Wanderungsbewegungen auslöst. Dem wird in der Regel entgegen gehalten, daß die bisherigen Liberalisie-

zungsschritte der Migration die Grenzen zwischen weit weniger unterschiedlichen Regionen geöffnet haben, als dies bei einer EU-Osterweiterung der Fall wäre.

(b) Befürchtete Arbeitsmarkteffekte

Die größten Befürchtungen werden hinsichtlich der Effekte der Migration auf die Arbeitsmärkte gehegt. So werden im Westen einerseits eine Lohnspreizung nach unten bzw. eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit vor allem im sekundären (d.h. ohnehin schon benachteiligten) Sektor des Arbeitsmarktes und andererseits ein „brain drain“, eine Abwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften auf die (außergewöhnlich gut dotierten) Schlüsselpositionen in den Reformwirtschaften befürchtet. Zur Zeit der Wende war immerhin noch davon auszugehen, daß das Arbeitskostenverhältnis zwischen Österreich und seinen Nachbarländern im Osten bis zu zehn zu eins sowie zwischen Österreich und den weiter entfernt liegenden Reformländern bis zu 100 zu eins betrug. Jedenfalls war die Öffnung des Osten für Handelsverkehr und Direktinvestitionen bereits ausreichend produktivitätssteigernd, daß die Lohnspreizung zwischen Ost und West im Abnehmen begriffen ist. Je geringer das ökonomische und soziale Gefälle ist, desto geringer ist auch der Migrationsdruck als räumlicher Anpassungs- und Ausgleichsmechanismus. Aus dieser Sicht ist eine Prosperitätspolitik des Westens im Osten nach Art des Marshall-Plans und der institutionalisierten Know-how-Transfers die beste Anti-Migrationspolitik des Westens.

Trotz der bestehenden hohen Lohn-, Preis- und Realeinkommens-Unterschiede zwischen Ost und West resümiert Boeri (1998) als generelles Ergebnis bislang vorliegender Modellrechnungen, daß die Befürchtungen über riesige Wanderungsströme und ihre negativen Beschäftigungseffekte auf der Makroebene (bislang) unbegründet seien. Boeri räumt jedoch ein, daß auf Branchenebene - in sogenannten „closed economies“, die durch hohe Spezialisierung auf Standard-Industrieerzeugnisse und Immobilität der Arbeitskräfte gekennzeichnet sind, wie Stahl, Kohle, Textil und Bekleidung - tatsächlich statistisch signifikante Beschäftigungseffekte festgestellt werden können. Im Hinblick auf die Beschäftigungswirkung von westlichen Direktinvestitionen im östlichen Ausland finden die von Boeri herangezogenen Studien im Verhältnis zu den beträchtlichen Kostenniveau-Unterschieden nur sehr kleine, vernachlässigbare Beschäftigungsreduktionen (welche im außerdem Zuge der Integration tendenziell reduziert werden. Allerdings auf Seiten der EU-Beitrittskandidaten zeigen die vorliegenden Studien laut Boeri zumindest kurzfristige Erhöhungen der Arbeitslosigkeit.

Auf Grund der besonderen geographischen Nähe soll im folgenden noch eine Studie über zu erwartende Migration nach Österreich betrachtet werden.

(c) Niederlassungsfreiheit für Mittel-/Osteuropäer: Arbeitsmarkteffekte auf Österreich

Die hier zitierte Studie von Dietz und Walterskirchen (1998) untersucht die Effekte der Einführung völliger Arbeitsmobilität für PL, CZ, SK, H und SLO auf Europa und kommt zu jährlich 40.000 Migranten und Pendlern, was insgesamt einem Zustrom von rund 300.000 Personen (bei Liberalisierung ab 2005) bzw. 200.000 Menschen (bei Liberalisierung erst ab 2015) auf den österreichischen Arbeitsmarkt bedeutet, wobei die Migrationssättigung früher erreicht wird als die Pendlersättigung. Als besonders groß wird das Potential an Pendlern aus der Slowakei nach Ostösterreich eingeschätzt (auch wegen der geographischen Nähe der Hauptstadt Bratislava). Der Arbeitskräftezustrom wird insgesamt den Ausländeranteil an den Erwerbspersonen von 10 auf 20 Prozent (bei Liberalisierung 2005) bzw. auf 16,6 Prozent (bei Liberalisierung 2015) erhöhen. „Die Marke von 50.000 Personen pro Jahr wird im allgemeinen die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit des österreichischen Arbeitsmarktes darstellen, wobei es in diesem Fall zu einer beträchtlichen Substitution von inländischen durch ausländische Arbeitskräfte käme. In den ersten ein bis zwei Jahren der Freizügigkeit könnte der statistisch ausgewiesene Anstieg - bei entsprechender Konjunkturlage - auch höher sein, weil illegal Beschäftigte offiziell auf dem Arbeitsmarkt auftreten werden. Auch nach EU-Beitritt und Freizügigkeit wird es noch viele mittel- und osteuropäische Schwarzarbeiter geben, die bereit sein werden, unter dem Kollektivvertragsniveau zu arbeiten“ (Dietz, Walterskirchen 1998, S. 75f.).

Einer Umfrage unter Ausreisewilligen in Österreichs „östlichen“ Nachbarstaaten zufolge, ist das Gefälle in den materiellen und immateriellen Arbeitsbedingungen Hauptmotiv für die Migration, und nicht Arbeitslosigkeit. Als überrepräsentiert unter den Wanderungswilligen erweisen sich - unerwarteterweise - junge, unverheiratete Männer, hoch qualifizierte Personen, Städter und Arbeitskräfte, die auch Arbeiten unter ihrer Qualifikation anzunehmen bereit sind. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu jenem Bild, das in Westeuropa gemeinhin von ausländischen Arbeitskräften existiert.

Der Aufholprozeß der fünf mittel- und osteuropäischen Reformstaaten wird von Dietz und Walterskirchen (1998) mit den in Abb. 19 für das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) und in Abb. 20 für das Preisniveau dargestellten Ergebnissen simuliert. Das „catching-up“ des realen Wachstums hängt dabei sehr stark

vom Wachstumstempo in Österreich und dem restlichen EU-Europa ab: je höher das EU-Wachstum, desto mehr profitieren die MOEL. Der Preisniveauanstieg in den MOEL wird durch deren Wachstum und Währungsabwertung positiv beeinflusst.

Abschließend seien diese Ergebnisse allerdings noch relativiert: „Die Studie wirft einen weiten Blick in die Zukunft, die natürlich nicht prognostiziert werden kann. So sind die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise Rußlands auf den gesamten Raum noch gar nicht absehbar“ (Dietz, Walterskirchen 1998, S. 62; vgl. auch die Punkte 1.3.4. und 2.3.1.).

Unbeschadet durch diese Caveats können immerhin die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen genereller Art präsentiert werden, die von den Autoren der Studie gezogen werden:

- (a) Vorbereitung der MOEL durch verstärkte Strukturhilfen der EU im Ausmaß von etwa 0,13 Prozent des EU-BIP, das wären knapp 10 Prozent des EU-Budgets,
- (b) systematisches institutionelles „upgrading“ der MOEL durch Rechtsangleichung an die EU und Profitieren von den Wirkungen, die von erhöhter Rechtssicherheit und von den Normen für einen fairen Wettbewerb ohne Umwelt- und Sozial-Dumping ausgehen und so die Wanderungsneigung abschwächen,
- (c) verstärkte Einbindung der MOEL in das währungspolitische System, um das Währungsrisiko für Investitionen und ausländische Direktinvestitionen zu senken,
- (d) das Setzen von Übergangsfristen mit Kontingenten für das Arbeitsangebot aus den MOEL bis zur völligen Freizügigkeit.

Letzterer Vorschlag kann als Voraussetzung für die demokratische Akzeptanz der EU-Osterweiterung angesehen werden, zumal Arbeitslosigkeit immerhin einen individuellen Verlust an Humankapital und der Bezug von Arbeitslosenunterstützung leider noch ein gesellschaftliches Stigma mit all seinen psycho-sozialen Folgen (vgl. Punkt 1.3.1.) darstellt.

3.5.2. Spezialproblem Osterweiterung und EU-Institutionen

Die Reformen der Institutionen der politischen Meinungsbildung und -umsetzung, des Strukturbeihilfen-Systems und des Systems der Gemeinsamen Agrarpolitik wären ohnedies (über-)fällig gewesen, werden aber durch die Beitrittsgesuche der Reformstaaten in noch höherem Maß erforderlich (Kitzmantel 1998).

Der Reformbedarf der politisch-administrativen Prozeduren läßt sich allein schon daraus erkennen, daß die EU ausgehend von ihren gegenwärtig 15 Mitgliedstaaten und 11 Amtssprachen eine Endausbaustufe von 28 Mitgliedern und 21 verschiedenen Sprachen anvisiert.

Die Strukturbeihilfen-Reform soll einer Gießkannenwirkung in der Regional- und Arbeitsmarktförderung entgegen wirken, zumal nicht weniger als 51 Prozent der EU-Bevölkerung in deren Genuß kommen. Die beitrittswerbenden Länder sind immerhin allesamt und flächendeckend förderungswürdige Gebiete nach der gegenwärtigen Ziel-1-Definition der EU.

Die Agrarförderung muß von der outputbezogenen Förderung auf die Abgeltung von Landschaftspflegeleistungen umgestellt werden, soll der Überschuß der Agrarproduktion, der seit der letzten EU-Agrarreform (1992) auf Grund des technischen Fortschritts wieder bedenklich anwächst, abgebaut und das EU-Budget nicht zum größten Teil für Preisstützung und Absatzförderung verausgabt werden.

3.5. Fazit

Auf Seiten der Theorie wäre weniger dogmatisch und weniger missionarisch an die Frage der Handelsliberalisierung im allgemeinen und der Ostöffnung im besonderen heranzugehen.

Die Ostöffnung hat Österreich eindeutige Nettovorteile gebracht. Auftretende negative Konsequenzen fallen viel stärker auf und betreffen die Menschen viel merklicher. Deshalb wäre einerseits eine Informationsoffensive zu starten. Andererseits wären die individuellen Kosten der Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - in Form von Arbeitslosigkeit oder Konkurs - im rechtlichen Rahmen der EU im größtmöglichen vom Staat solidarisch zu tragen. Dies erscheint als faire kollektive Abgeltung der individuellen Kosten, die bei der Bereitstellung des öffentlichen Gutes „bessere Wirtschaftsentwicklung durch Ostöffnung“ entstehen.

In Bezug auf die Osterweiterung der EU ist die Frage der ausgelösten Immigrationsströme die am wenigsten gesicherte und noch am wichtigsten zu erforschende Fragestellung. Die bisherigen Studien weisen - bei aller Vorsicht gegenüber ihrer möglichen Aussageschwäche - darauf hin, daß die EU-Osterweiterung im Vergleich zu den hohen Wohlstandsunterschieden vernachlässigbar geringe Wanderungsbewegungen auslösen dürfte. Für Österreich gilt jedoch auf Grund der geographischen

Nähe und der langen Grenze zu den Beitrittskandidaten eine spezielle Situation (Dietz, Walterskirchen 1998): Die jährlichen Zuströme auf den österreichischen Arbeitsmarkt sind von einer Größenordnung, die nur in guten Konjunkturjahren absorbiert werden können. Allerdings gelingt die Absorption nicht ohne eine merkliche Substitution von inländischen durch ausländische Arbeitskräfte. Deshalb sind auch in diesem Bereich informations-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische „Investitionen“ in die demokratische und sozial friedliche Integration vorzusehen.

Literatur

- ARTHUR W. Brian (1996), Arthur, W.B. 1996, Increasing Returns and the New World of Business, in: *Harvard Business Review*, pp. 100-109.
- BARTEL Rainer (1991), Struktur- und Zeitreihenmodelle der Ökonometrie: Eine Gegenüberstellung der Probleme, in: *WiSt - Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Bd. 20, No. 7, S.322-326.
- BARTEL Rainer (1994), Umweltpolitik in den Reformländern Mittelosteuropas, in: R. Bartel, F. Hackl (Hg.), Einführung in die Umweltpolitik, WiSo-Kurzlehrbücher, Reihe Volkswirtschaft, Vahlen-Verlag, München, S. 287-307.
- BARTEL Rainer (1998), Transition and the Slump: A Paradigmatic View, *paper prepared for the conference „The Social and Ecological consequences of Transition“ held at the University of Bratislava, SK, on November 11 and 12, 1998.*
- BARTEL Rainer, POINTNER Johannes, SCHNEIDER Friedrich (1997), Österreich im internationalen Wirtschaftssystem, in: E. Nowotny, G. Winckler (Hg.), Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs, Manz-Verlag, Wien, S. 49-87.
- BHADURI Amit, LASKI Kazimierz (1998), Lessons to be Drawn from Main Mistakes in the Transition Strategy, *paper prepared for the WIIW 25 Years Anniversary Conference „Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement - East and West European Perspectives“*, Vienna, November 11-13.
- BOERI Tito (1998), Labour Markets and EU Enlargement, *paper prepared for the WIIW 25 Years Anniversary Conference „Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement - East and West European Perspectives“*, Vienna, November 11-13.
- BREUSS Fritz (1998), Economic Evaluation of EU Enlargement on EU Incumbents, *paper prepared for the WIIW 25 Years Anniversary Conference „Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement - East and West European Perspectives“*, Vienna, November 11-13.
- BUTSCHEK Felix (1998), Gesellschaftliche Kontinuität und wirtschaftliches Wachstum - Olson oder Neue Institutionenökonomie. Die österreichischen Erfahrungen nach beiden Weltkriegen, *Vortrag in der Reihe WIFO-extern am 23. März 1998 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.*
- DIETER Heribert (1998), *Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds*, Metropolis-Verlag, Marburg.
- DIETZ Raimund, WALTERSKIRCHEN Ewald (1998), EU-Erweiterung und Beschäftigungspolitik, in: *Die Union, Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen*, Heft 3, S. 61-78.

- EICHNER Alfred S. (1979), A Look Ahead, in: A.S. Eichner (ed.), A Guide to Post-Keynesian Economics, M.E. Sharpe Inc., White Plains, pp. 165-184.
- GORDON Robert J. (1993), Macroeconomics, 6th ed., Harper Collins College Publishers, New York, chapter 11: Unemployment - Causes, Cost and Policy Options, pp. 315-344.
- HURWICZ Leon (1972), On informationally decentralized systems, in: R. Radner, C.B. McGuire (eds.), *Decisions and Organization. Essays in Honour of Jacob Marschak*, North Holland, Amsterdam, pp. 293-336.
- KITZMANTEL Edith (1998), EU Policy Reform Agenda, *paper* prepared for the WIIW 25 Years Anniversary Conference „Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement - East and West European Perspectives“, Vienna, November 11-13.
- KRUGMAN Paul R. (1996), Making Sense of the Competitiveness Debate, in: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 12, No. 3, pp. 17-24.
- LEIBENSTEIN Harvey (1976), *Beyond Economic Man*, MIT Press Cambridge (Mass.) - London.
- LIPSEY Richard G., LANCASTER Kelvin (1956/57), The General Theory of the Second Best, in: *Review of Economic Studies*, Vol. 24, No. 1, pp. 11-32.
- ROTHSCHILD Kurt W. (1997), Gegen das Dogma der Freihandelsideologie, in: S. Schulmeister et al. (Hg.), *Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus*, Verlag der ÖGB, Wien, S. 119-132.
- ROUSSEAS Stephen (1989), Anti systems, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 11, No. 3, pp. 385-398.
- STANKOVSKY Jan (1996), The Role of Foreign Direct Investment in Eastern Europe, in: *Austrian Economic Quarterly*, Vol. 1, pp. 109-120.
- TSURU Shigeto (1993), *Institutional Economic Revisited*, Cambridge University Press, New York - Melbourne.

Abbildungen